

darauf rechnen können, daß wir bis Samstag fertig werden. Da wäre es doch zu empfehlen, noch eine Abend Sitzung in Aussicht zu nehmen.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Ich erinnere mich, daß der vorige Landtag nicht beliebt hat, Abend Sitzungen zu halten, deswegen erlaube ich mir nicht den Vorschlag zu machen, den der Herr Abgeordnete Freiherr von Loë gemacht hat und ich selbst stehe ja jederzeit zur Verfügung, wenn Sie aber wünschen, dann können wir übermorgen eine Abend Sitzung halten. (Rufe: Nein!) Aber das findet sich doch. Lassen Sie uns unsere Tagesordnung erst erledigen. Meine Herren! Ich glaube Ihr Bestreben ist ganz dasselbe wie das meinige, Samstag unsere Arbeiten zu beendigen. (Rufe: Freitag!) Wenn wir Freitag fertig werden können; ich glaube es aber nicht. Ich habe nun die große Tagesordnung für morgen vorzuschlagen. Sind Sie mit der Tagesordnung ohne Mosellkanalisation für morgen einverstanden? (Zustimmung.) Dann würde ich diese Angelegenheit auf die Tagesordnung für Freitag an erste Stelle setzen und dann würde noch der Haupt-Etat und alles übrige darauf gesetzt werden, was noch nicht erledigt ist. Meine Herren, die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 4 Uhr.)

Neunte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, am Donnerstag den 11. Dezember 1890.

Beginn: 3 Uhr Nachmittags.

Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Bericht des Provinzialausschusses, betreffend die Errichtung eines Kaiser Wilhelm-Denkmales in der Rheinprovinz. Nr. 55 und 71 der Drucksachen. Berichterstatter: Abgeordneter Graf Weißel von Gymnich.
3. Bericht des Provinzialausschusses, betreffend: 1. Gesuch des Ausschusses des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Feuerwehren bezüglich a. der Bildung einer Unfallkasse für Feuerwehren der Rheinprovinz, b. Gewährung einer jährlichen Summe von 1000 bis 2000 M. aus Provinzialmitteln behufs Erstrebung der Vereinigung aller freiwilligen Feuerwehren der Rheinprovinz und Westfalens, sowie Agitation für die weitere Organisation neuer freiwilliger Feuerwehren; 2. Gesuch des Verbandes Rheinischer Feuerwehren um Ueberweisung eines Grundkapitals aus dem Fonds der Unterstützungskasse der Provinzial-Feuer-Societät behufs Gründung einer Unfall-Unterstützungskasse des Verbandes. Nr. 69 der Drucksachen. Berichterstatter: Abgeordneter Dieze.
4. Bericht des Provinzialausschusses, betreffend die anderweite Regelung der Unterstützung des Gemeinde-Wegebauens. Nr. 48 der Drucksachen. Berichterstatter: Landesdirektor Klein.
5. Bericht des Provinzialausschusses über den Antrag des Präsidenten der Königlichen Regierung zu Aachen auf Uebernahme von Aktienstraßen auf Provinzialfonds. Nr. 66 der Drucksachen. Berichterstatter: Abgeordneter Landrath J. D. Janßen.

6. Antrag der III. Fachcommission zur Petition des S. B. Welsch zu Meckenheim auf Entschädigung für die am 3. Juni 1889 an seinem Etablissement durch Wolkenbruch entstandenen Verheerungen. Nr. 110 der Drucksachen. Berichterstatter: Abgeordneter Kreuzberg.
7. Antrag der III. Fachcommission zur Petition des J. C. Braun zu Strauch, betreffend die theilweise Verlegung der Koerthalbahn. Nr. 111 der Drucksachen. Berichterstatter: Abgeordneter Schulze.
8. Bericht des Provinzialauschusses, betreffend das nach §. 95 der Provinzialordnung zu erlassende Reglement für das Straßenbauwesen. Nr. 41 und 112 der Drucksachen. Berichterstatter: Abgeordneter Möllenhoff.
9. Bericht des Provinzialauschusses, betreffend die in Gemäßheit des §. 96 der Provinzialordnung zu erlassenden Reglements über die dienstlichen Verhältnisse der Provinzialbeamten. Nr. 3 und 121 der Drucksachen. Berichterstatter: Landesdirektor Klein.
10. Bericht des Provinzialauschusses, betreffend den Ablauf der Dienstzeit des Landesraths Klausener. Nr. 61 und 123 der Drucksachen. Berichterstatter: Landesdirektor Klein.
11. Bericht des Provinzialauschusses, betreffend die Wahl von oberen Beamten — Landesräthen. Nr. 60 und 122 der Drucksachen. Berichterstatter: Landesdirektor Klein.
12. Antrag der I. Fachcommission, betreffend die Petition der Wittwe des Schreiner Sarges zu Wehlar auf Erhöhung der Brandentschädigung. Nr. 126 der Drucksachen. Berichterstatter: Abgeordneter Diehe.
13. Antrag der I. Fachcommission, betreffend die Petition des Bürgermeisters zu Breyell auf Bewilligung eines Zuschusses für die Gemüsebauschule daselbst. Nr. 125 der Drucksachen. Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Daniel.
14. Antrag der I. Fachcommission, betreffend die Bewilligung eines Zuschusses zur Regulirung des Mittelbaches. Nr. 124 der Drucksachen. Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Daniel.
15. Bericht des Provinzialauschusses, betreffend die nach §. 95 der Provinzialordnung zu erlassenden Reglements für die Provinzialinstitute. Nr. 27 und 116 der Drucksachen. Berichterstatter: Abgeordneter Conze.
16. Spezial-Etat für die Verwaltung der Fonds zur Gewährung von Entschädigungen für auf Grund des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, und des Ausführungsgesetzes vom 12. März 1881, getödtetes Rindvieh, Pferde &c für die Etatsjahre vom 1. April 1891 bis 31. März 1892 und vom 1. April 1892 bis 31. März 1893. Nr. 39 und 117 der Drucksachen. Berichterstatter: Abgeordneter Graf von Fürstenberg-Stammheim.
17. Ausgabe-Etat für die Rheinische landwirthschaftliche Berufsgenossenschaft für die Etatsjahre 1891 und 1892. Nr. 40 und 118 der Drucksachen. Berichterstatter: Abgeordneter Graf von Fürstenberg-Stammheim.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Meine Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich habe keine Eingänge mitzutheilen, also wäre der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich möchte Ihnen dann vorschlagen, daß wir den Punkt 2 um einige Nummern zurückstellen, wenigstens um eine, weil dasjenige, was in der vertraulichen Besprechung hier festgestellt worden ist, noch zu einem festen Antrag zusammengestellt werden muß und dann hier zum Vortrag kommen wird. Zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Krawinkel das Wort.

Abgeordneter Krawinkel: Ich möchte den Antrag stellen, die Nr. 2 der heutigen Tagesordnung auf morgen zu verlegen. (Widerspruch.)

Vorsitzender Fürst zu Wied: Meine Herren! Es ist der Antrag von Herrn Abgeordneter Krawinkel zur Geschäftsordnung gestellt, den Punkt 2 unserer Tagesordnung auf morgen zu vertagen. Wir werden über den Antrag des Herrn Krawinkel abzustimmen haben.

Der Herr Abgeordnete Becker hat das Wort.

Abgeordneter Becker: Meine Herren! Wir haben hier in eingehender Verhandlung uns ein vollständiges Urtheil über die ganze Angelegenheit bilden können. Ich sollte meinen, daß wir schon mit Rücksicht für die knappe Zeit, die wir noch haben — wir haben ja morgen noch eine große Menge von Sachen zu erledigen — heute die Sache über das Kaiserdenkmal zum Abschluß bringen sollten.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Also ich würde den Antrag des Herrn Abgeordneten Krawinkel zur Abstimmung bringen.

Abgeordneter Krawinkel: Ich ziehe den Antrag zurück.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Der Antrag ist zurückgezogen und wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Bericht des Provinzialausschusses, betreffend: 1. Gesuch des Ausschusses des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Feuerwehren bezüglich a. der Bildung einer Unfallkasse für Feuerwehren der Rheinprovinz, b. Gewährung einer jährlichen Summe von 1000 bis 2000 M. aus Provinzialmitteln behufs Erstrebung der Vereinigung aller freiwilligen Feuerwehren der Rheinprovinz und Westfalens, sowie Agitation für die weitere Organisation neuer freiwilliger Feuerwehren; 2. Gesuch des Verbandes Rheinischer Feuerwehren um Ueberweisung eines Grundkapitals aus dem Fonds der Unterstützungskasse der Provinzial-Feuer-Societät behufs Gründung einer Unfall-Unterstützungskasse des Verbandes.“ Nr. 69 der Drucksachen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dieke, dem ich das Wort ertheile.

Berichterstatter Abgeordneter Dieke: Meine Herren! Durch Seine Durchlaucht, den Herrn Vorsitzenden des Landtags, sind die beiden eben verlesenen Anträge hier eingegangen und im Provinzialauschuß sowohl, wie in der zuständigen I. Fachcommission ausführlich behandelt worden. Die Anträge gehen dahin:

1. Dem bestehenden Verbands der Rheinisch-Westfälischen Feuerwehren jährliche Zuschüsse von 1000—2000 M. zu leisten und zwar zu dem Zwecke, die Kosten des Feuerwehrverbandes bei ihren verschiedenen Versammlungen bestreiten zu können.

Der zweite Antrag geht dahin, daß gleich wie es in der Provinz Westfalen geschehen, auch seitens des Landtags der Rheinprovinz eine Grundsumme und ebenso jährliche Zuschüsse für die Unfallkasse des Rheinisch-Westfälischen Feuerwehrverbandes gegeben werden. Gleichzeitig mit diesen beiden Anträgen, meine Herren, ging von 32 freiwilligen Feuerwehren, die in Ballendar im Oktober versammelt waren, der Antrag ein, die Rheinischen Feuerwehren von dem Verbands zu trennen und für diese in der Rheinprovinz eine besondere Unfallkasse für nur Rheinische Feuerwehren zu gründen. Bei der Kürze der Zeit war es nicht mehr möglich der Angelegenheit näher zu treten und es erlaubt sich deshalb der Provinzialauschuß den hohen Landtag zu ersuchen:

1. den Provinzialauschuß zu beauftragen, dem Gesuche 1 a zur Bildung einer Unfallkasse für Feuerwehren der Rheinprovinz, und

2. dem Gesuche des Verbandes Rheinischer Feuerwehren um Ueberweisung eines Grundkapitals aus dem Fonds der Unterstützungskasse der Provinzial-Feuer-Societät behufs Gründung einer Unfall-Unterstützungskasse des Verbandes

durch weitere Erhebungen näher zu treten, dagegen den zweiten Antrag aus Bochum um Gewährung einer jährlichen Summe von 1000—2000 M. aus Provinzialmitteln abzulehnen.

Die Fachcommission hat sich dem Antrage des Provinzialausschusses vollständig angeschlossen und ich erlaube mir, Ihre Zustimmung dazu zu erbitten.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Ueber diese Anträge eröffne ich die Diskussion; — der Herr Abgeordnete Busch hat das Wort.

Abgeordneter Busch: Meine Herren! Nach dem uns allerdings spärlich vorliegenden Material können wir wohl nur zu dem gleichen Resultat gelangen wie der Provinzialausschuß. Ich möchte aber doch diese Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen lassen, ohne dem Provinzialausschuß die wohlwollende Förderung dieser Angelegenheit recht warm an's Herz zu legen. Bei der vorgerückten Zeit will ich nicht auf eine nähere Erörterung eingehen, obwohl ich sehr bedauere, bei der großen Wichtigkeit des Gegenstandes dieses nicht thun zu können, da wir hier in der Rheinprovinz, namentlich z. B. Süddeutschland gegenüber, in diesen Verhältnissen also in der Entwicklung des Feuerwehrwesens noch ganz gewaltig zurückgeblieben sind. — Ich möchte dabei aber namentlich einen Punkt nicht unerwähnt lassen, nämlich die Thatsache, daß mit verhältnißmäßig sehr wenig Geld außerordentlich viel geleistet werden kann. Ich enthalte mich aber, wie bereits bemerkt, jeder weiteren Ausführung wegen der vorgerückten Zeit und bitte also nur den Provinzialausschuß, die Sache wohlwollend zu behandeln.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Es wünscht Niemand weiter das Wort; ich schließe die Diskussion und bringe die Anträge der Fachcommission zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, welche gegen diese Anträge sind, sich zu erheben. — Die Anträge sind einstimmig angenommen.

Meine Herren! Wir kommen nunmehr zum zweiten Punkt unserer Tagesordnung:

„Bericht des Provinzialausschusses, betreffend die Errichtung eines Kaiser-Wilhelm-Denkmal's in der Rheinprovinz“.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Graf Weiffel von Gumnich.

Berichterstatter Abgeordneter Graf Weiffel von Gumnich: Meine Herren! Wir haben in wiederholter Besprechung alle Gründe für die verschiedenen Standorte, an welchen das Denkmal für des hochseligen Kaisers Wilhelm I. Majestät zu errichten sei, erörtert. Meine Herren! Ich möchte Sie fragen, ob Sie nach all den Besprechungen noch den Bericht des Provinzialausschusses in extenso entgegennehmen wollen; in der Drucksache unter Nr. 55 liegt Ihnen derselbe vor. (Rufe: Nein!)

Vorsitzender Fürst zu Wied: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Friederichs.

Abgeordneter Friederichs: Meine Herren! Wie der Herr Berichterstatter schon sagte, haben vertrauliche Besprechungen stattgefunden, an denen sämtliche Mitglieder des Landtages Theil nahmen und der hohen Bedeutung der Sache entsprechend sind die Verhandlungen durchgeführt worden. Es wird von Interesse sein, wenn ich das Ergebniß der Abstimmungen über die verschiedenen Anträge mittheile. Zunächst ergab für den Antrag auf Errichtung einer Stiftung die Abstimmung 36 von den 128 anwesenden Stimmen. Es kam alsdann die Wahl des Ortes für ein Standbild zur Sprache; zum Antrage gelangten nur Coblenz und das Siebengebirge. Für das Siebengebirge ergaben sich 54 Stimmen, für Coblenz

mit Angabe des Platzes — für diesen Platz wurde das Deutsche Eck bezeichnet — 32 Stimmen, für Coblenz ohne Angabe des Platzes 53 Stimmen. Meine Herren! Somit ergab sich für keinen der vier Anträge eine Majorität und ich gestatte mir daraufhin folgenden Antrag dem hohen Hause zu unterbreiten:

„In Erwägung, daß die vertrauliche Besprechung der Landtagsabgeordneten ergeben haben, daß die Ansichten über die Art und die Ausführung des Denkmals für weiland Seine Majestät Kaiser Wilhelm weit auseinander gehen, und daß keiner der verschiedenen Anträge eine Majorität auf sich zu vereinigen vermocht hat, beschließt der Provinziallandtag:

Die Angelegenheit unter Mittheilung der verschiedenen Anschauungen der Entscheidung Sr. Majestät des Kaisers anheimzustellen“.

Ich habe zur weiteren Begründung nichts hinzuzufügen.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Ich stelle diesen Antrag zur Diskussion; das Wort hat der Herr Abgeordnete Freiherr von Plettenberg.

Abgeordneter Freiherr von Plettenberg: Ich bin damit vollständig einverstanden, wünschte nur hinter dem Worte „Art“ noch das Wort „Ort“ eingerückt zu sehen.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Ist der Herr Abgeordnete Friederichs mit dieser Veränderung einverstanden, dann werde ich es so hereinschreiben.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Becker.

Abgeordneter Becker: Meine Herren! Würde es nicht genügen, wenn wir sagten „Art und Ort“, dagegen würde doch wohl die Ausführung selbst Seine Majestät etwas zu weit in den Kreis der Sache hineinführen; wäre es nicht richtiger, wenn wir das später der Versammlung überließen?

Vorsitzender Fürst zu Wied: Dann würde ich vorschlagen „Ort und Art“. Ist der Herr Antragsteller damit einverstanden? (Zustimmung.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Freiherr von Loë.

Abgeordneter Freiherr von Loë: Ich stimme dem Antrage aus vollem Herzen bei und möchte nur die eine kurze Bemerkung mir erlauben, daß insofern die mitgetheilte Abstimmung, wenn ich so sagen soll, ein vollständig klares Bild nicht gegeben hat, da unzweifelhaft feststeht, daß, wenn über das „Deutsche Eck“ in Coblenz allein abgestimmt worden wäre, auf dasselbe sich viel mehr Stimmen vereinigt haben würden. (Widerspruch.)

Vorsitzender Fürst zu Wied: Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Janßen.

Abgeordneter Janßen: Meine Herren! Ich glaube, wir können uns mit dem Antrage Friederichs einverstanden erklären, und ich möchte ihn meinerseits dringend zur Annahme empfehlen. Es wird die Aufgabe des Provinzialausschusses sein, in seinen zunächst an den Herrn Ober-Präsidenten zu richtenden Darlegungen ein Bild zu geben von den Stimmungen, die sich in den vertraulichen Besprechungen hier ergeben haben, und wird das an hoher Stelle die beste Information über den seitherigen Verlauf und den gegenwärtigen Stand der Sache vermitteln. (Bravo.)

Vorsitzender Fürst zu Wied: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Becker.

Abgeordneter Becker: Meine Herren! Ich kann die Ausführungen des Herrn Abgeordneten von Loë nicht unwidersprochen lassen. Wenn der Herr Abgeordnete Freiherr von Loë gesagt hätte, daß nach seiner Ueberzeugung sich eine größere Anzahl Stimmen dafür ergeben haben würde, so wäre das eine Privatmeinung, der ich nichts entgegenzustellen habe,

obgleich ich sie nicht theilen kann; wenn er aber sagt „unzweifelhaft“, so muß ich das entschieden bestritten. Im Gegentheil ist aus dem Umstande, daß der Antrag, nochmals über das „Deutsche Eck“ in Coblenz abzustimmen, von dieser Versammlung abgelehnt wurde, ersichtlich, daß die Versammlung nicht der Ansicht war, daß das „Deutsche Eck“ der geeignete Platz ist, denn sonst würde sich die Versammlung für die zweite Abstimmung ausgesprochen haben. Ich bin der Ansicht, daß keine Gründe vorliegen, daß bei der Abstimmung über das „Deutsche Eck“ nicht mit derselben Korrektheit vorgegangen wäre, wie bei den übrigen.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Friederichs.

Abgeordneter Friederichs: Ich wollte nur der Bemerkung des Herrn Abgeordneten Janßen gegenüber darauf hinweisen, daß es ausdrücklich in dem Antrage heißt: „unter Mittheilung der verschiedenen Anschauungen der Entscheidung Sr. Majestät des Kaisers anheim zu stellen“.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Janßen.

Abgeordneter Janßen: Meine Bemerkung richtete sich lediglich gegen die Ausstellung, welche von Seiten des Herrn Abgeordneten Freiherrn von Loë gegen den Antrag des Herrn Friederichs gemacht worden war.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Dann würden die Herren damit einverstanden sein, daß ich hinter dem Worte „Ansichten“ die Worte so fasse: „über die Art und den Ort des Denkmals“. Nun würde es folgendermaßen lauten:

„In Erwägung, daß die vertraulichen Besprechungen der Landtagsabgeordneten ergeben haben, daß die Ansichten über die Art und den Ort des Denkmals für weiland Se. Majestät Kaiser Wilhelm I. weit auseinandergehen, und daß keiner der verschiedenen Anträge eine Majorität auf sich zu vereinigen vermocht hat, beschließt der Landtag die Angelegenheit unter Mittheilung der verschiedenen Anschauungen der Entscheidung Sr. Majestät des Kaisers anheimzustellen“.

Wünscht noch Jemand das Wort? — Der Herr Abgeordnete Rings hat das Wort.

Abgeordneter Rings: Meine Herren! Ich würde mich nur dazu verstehen können, dafür zu stimmen, wenn die Angelegenheit durch eine Deputation Seiner Majestät vorgelegt würde, bestehend aus mindestens drei Herren, und zwar je einem Herrn von den Anhängern der drei Anträge, also einem Herrn, der für die Stiftung gestimmt hat, einem, der für die Errichtung am Siebengebirge gestimmt hat und einem, der für Coblenz gestimmt hat. (Widerspruch.) Ich finde das doch richtig; sonst müßte ich dagegen stimmen.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Conze.

Abgeordneter Conze: Wir haben das Vertrauen zu unserem Provinzialauschuß und nicht minder zu dem Herrn Regierungskommissar, dem Herrn Ober-Präsidenten Rasse, daß sie, jeder an seinem Theile, unparteiisch Seiner Majestät Vortrag halten werden. (Bravo!)

Vorsitzender Fürst zu Wied: Wünscht noch Jemand das Wort? Es ist nicht der Fall; ich schließe die Diskussion. Wünscht der Herr Referent das Wort? Derselbe verzichtet.

Ich bitte diejenigen Herren, welche für diesen Antrag sind, sich zu erheben. (Geschieht.) Ich constatire die große Majorität, fast Einstimmigkeit.

Der Herr Berichterstatter fährt in seinem Vortrage fort.

Berichterstatter Abgeordneter Graf Weiffel von Gymnich: Meine Herren! Nachdem nunmehr die Vorfrage entschieden ist, wie die Frage wegen des Standortes des Denkmals behandelt werden solle, tritt an uns die Frage heran: wenn nun von Allerhöchster Stelle die

Antwort ergangen ist und der Entscheid getroffen worden ist, an welchem Orte und in welcher Art das Denkmal zu errichten ist, in welcher Form die weitere Behandlung der Frage sich bewegen soll. Der Provinzialauschuß kann nicht wohl annehmen, daß es die Ansicht des hohen Hauses ist, daß die Denkmalfrage zwei Jahre ruhen soll bis der Landtag wieder zusammentritt und erst nach diesen zwei Jahren weitere Schritte geschehen sollen, das Denkmal, sei es nun in welcher Form dasselbe errichtet werden mag, seiner Entstehung näher zu führen. Es wäre demgemäß der Provinzialauschuß zu beauftragen, für den Fall der getroffenen Entscheidung schon weitere vorbereitende Schritte zu thun, und dem Landtage bei seinem demnächstigen Zusammentritt wieder eine Vorlage zu machen über das, was geschehen ist.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Der Herr Abgeordnete Fritzen hat das Wort.

Abgeordneter Fritzen: Ja, meine Herren, ich glaube es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn der Entscheid Sr. Majestät erfolgt ist, dann der Provinzialauschuß diejenigen vorbereitenden Schritte thut, um dem nächsten Landtage ein definitives Projekt nach Art und Ort vorzulegen. Der Provinzialauschuß hat die Pflicht, die Beschlüsse des Landtags vorzubereiten, und das würde sich auch auf diesen Punkt beziehen. Ich glaube, es bedarf einer besonderen Beschlusfassung nicht, um den Provinzialauschuß zu ermächtigen, sobald der Entscheid Sr. Majestät erfolgt ist, alle vorbereitenden Schritte in die Wege zu leiten, um dem nächsten Landtage ein definitives Projekt vorzulegen. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Fürst zu Wied: Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Abgeordneter Graf Weiffel von Gymnich: Ich bin mit den Ausführungen, wie selbstverständlich, ganz einverstanden, möchte aber doch darauf aufmerksam machen, daß Se. Majestät sich doch entscheiden könnte für die Errichtung eines Denkmals in einer Stadt, und da ist meine Ansicht, daß dann wieder eine engere Projektenconcurrnz ausgeschrieben werden muß, um Modelle zu bekommen, dazu gehören auch wieder Mittel, um die Concurrnz lebensfähig zu machen, und da müssen wir doch von dem Landtage autorisirt sein, die nöthigen Mittel aufzuwenden.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fritzen.

Abgeordneter Fritzen: Ich glaube auch, daß der Provinzialauschuß — so fasse ich die Sache auf — berechtigt ist, wenn der Entscheid gefällt ist, sofort eine Concurrnz für das Denkmal auszuschreiben und die Mittel zu entnehmen aus den zu diesem Zwecke angesammelten Fonds.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Laeis.

Abgeordneter Laeis: Ich möchte den Antrag stellen, daß, falls Se. Majestät eine Entscheidung trafe, welche es ermöglicht, ein Denkmal zu errichten, beispielsweise am Deutschen Eck, der Provinzialauschuß ermächtigt sein soll, Preise auszuschreiben, ähnlich wie das früher geschehen ist. Ich bin dafür, daß in früherer Weise eine Concurrnz ausgeschrieben wird.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Meine Herren! Es ist kein weiterer Antrag gestellt. Es wird auch keine weitere Diskussion über diesen Gegenstand beliebt und ich schließe die Diskussion. Der Herr Berichterstatter hat noch zwei Vorlagen, die in den letzten Tagen eingegangen sind. Ich gebe dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter Graf Weiffel von Gymnich: Meine Herren! Es liegen hier noch zwei Vorlagen vor. Die eine ist von Professor Rincklake. Sie betrifft ein von ihm entworfenes Modell für ein Kaiserdenkmal in Coblenz, ferner liegt hier eine Denkschrift für ein Kaiserdenkmal auf einer Rheininsel vor. Meine Herren! Nach der heutigen Abstimmung glaube ich, können wir über diese beiden Anträge einstweilen zur Tagesordnung übergehen, da sie erst werthvoll werden in dem Moment, wo die Allerhöchste Entscheidung da ist.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Sind die Herren damit einverstanden, die Herren Künstler, welche diese Stücke eingeschickt haben, dahin zu beschneiden. Es erfolgt kein Widerspruch. So wird darnach verfahren werden. Wir gehen über zum folgenden Gegenstande der Tagesordnung:

„Bericht des Provinzialausschusses, betreffend die anderweitige Regelung der Unterstützung des Gemeinde-Wegebauens“.

Berichterstatter ist Herr Landesdirektor Klein, dem ich das Wort ertheile.

Berichterstatter Landesdirektor Klein: Meine Herren! Diese Angelegenheit ist bereits durch die gestrige Diskussion bis auf den ersten Antrag vollständig erledigt worden. Es ist bereits gestern ausgeführt worden, daß der Provinzialauschuß in Folge des Auftrags, welcher ihm vom Provinziallandtag ertheilt worden war, eine Vorlage ausgearbeitet hat, daß nachdem diese Vorlage durch Vermittelung des Herrn Ober-Präsidenten dem Herrn Minister unterbreitet worden ist, aus Auftrag des letztern hierher mitgetheilt worden ist, daß die Königliche Staatsregierung beabsichtige, auf dem Wege der Gesetzgebung die Angelegenheit des Communal-Wegebauens zu regeln. Im Hinblick darauf ist Seitens der Königlichen Staatsregierung der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Provinzialverwaltung zur Zeit alles vermeiden möge, was der gesetzlichen Regelung ein Hinderniß bereiten könne, weshalb angezeigt erscheine, die Reformvorschläge des Provinzialausschusses einstweilen auf sich beruhen zu lassen. Der Provinzialauschuß hat sich in Folge dieses Schreibens abermals mit der in Rede stehenden Angelegenheit befaßt und ist hierbei zu dem Beschluß gekommen, welcher in der Druckschrift Nr. 48 Ihnen vorliegt, daß nämlich von einer weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit für jetzt Abstand zu nehmen sei, und wird deshalb der Antrag gestellt:

„Im Hinblick auf die im Schreiben des Herrn Ober-Präsidenten vom 28. Oktober d. J. enthaltene Mittheilung über die gesetzgeberischen Pläne der Königlichen Staatsregierung von einer anderweitigen Regelung der Unterstützung des Gemeinde- und Kreis-Wegebauens und in Folge dessen auch von der vorgeschlagenen Erhöhung des Creditcs für die Unterstützung des Gemeinde- und Kreis-Wegebauens um die Summe von 160 000 M. zur Zeit abzusehen“.

Der letztere Theil des Antrages ist durch die gestrige Abstimmung bereits modifizirt worden, wodurch auch Nr. 2 erledigt worden ist. Ebenso ist Nr. 3 gestern erledigt worden durch den Beschluß, daß die Königliche Staatsregierung gebeten werden solle, mit der gesetzlichen Regelung dieser Materie baldigst vorzugehen. Es bleibt also nur noch übrig ein Beschluß Ihrerseits dahin, daß der Provinzialauschuß von einer weiteren Regelung bis auf Weiteres Abstand nehmen solle. Ich glaube, meine Herren, daß es nicht nothwendig ist, bei der vorgerückten Zeit, nochmals auf die Angelegenheit weiter einzugehen.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Wünscht einer der Herren zu dem Antrage das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann bringe ich den Antrag zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, die dagegen sind, sich zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen. Wir kommen zu Nr. 5 der Tagesordnung:

„Bericht des Provinzialausschusses über den Antrag des Präsidenten der Königlichen Regierung zu Aachen auf Uebernahme von Aktienstraßen auf Provinzial-Fonds“.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Janßen, dem ich das Wort ertheile.

Abgeordneter Janßen: Meine Herren! Es ist das ein Gegenstand, der schon in der vorigen Session des hohen Landtags verhandelt worden ist. Was darüber im Wesentlichen zu sagen ist, finden Sie in dem unter Nr. 66 Ihnen zugegangenen Bericht des Provinzialausschusses. Ich habe nur noch wenige Bemerkungen dazu zu machen. Zunächst möchte ich constatiren, daß

die Stellung des Provinzialausschusses zu diesem Gegenstand eine wesentlich geneigtere ist, als sie es noch vor zwei Jahren war. Es ist in der That ein nicht weiter zu duldenes Mißverhältniß in der Belastung der Kreise unserer Provinz für Begebauzwecke, daß diejenigen Kreise, welche mit Aktienstraßen beglückt sind, nicht allein Barrieregeld für den Verkehr auf diesen Straßen zu zahlen haben, sondern auch daneben noch in demselben Maße für diese Zwecke beitragen müssen, wie das bei den übrigen Kreisen der Provinz der Fall ist. Das ist unbestrittenermaßen eine doppelte Belastung. Dazu kommt aber noch — und das ist den Bewohnern der betreffenden Kreise sehr fühlbar — daß die bauliche Unterhaltung der Aktienstraßen in einem ganz unerhörten Maße vernachlässigt ist. Das liegt in den Verhältnissen. Die Aktionäre sind nicht geneigt, auf die Intraden aus diesen Wegen in dem Maße zu verzichten, daß für die Unterhaltung der Aktienstraßen das Genügende geschehen kann und so findet es sich, daß die Aktienstraßen in Bezug auf ihren baulichen Zustand kaum noch mit schlecht unterhaltenen Gemeindewegen concurriren können. Das Publikum klagt vielfach darüber, die Behörden haben davon Kenntniß nehmen müssen, ihre Exekutivgewalt reicht aber leider zur Beseitigung dieser Uebelstände nicht aus. So ist namentlich aus dem Regierungsbezirk Aachen, wo sich solcher Straßen mehrere befinden, von Seiten des Herrn Regierungs-Präsidenten der Antrag an den Provinzialauschuß gekommen, doch endlich dahin zu wirken, daß die Aktienstraßen als Provinzialstraßen übernommen werden möchten. In dem genannten Bezirke ist es namentlich der Landkreis Aachen, der an diesen Straßen laborirt. Die gesammte Länge derselben beträgt circa 62 km. Nun, meine Herren, meine ich, würde es doch an der Zeit sein, die Aktienstraßen verschwinden zu lassen. Diese Prozedur ist allerdings keine ganz leichte. Es kommt darauf an, die speziellen Verhältnisse der betreffenden Straßen in Betracht zu nehmen. Es wird nicht thunlich sein, die sämtlichen Aktienstraßen als Provinzialstraßen zu übernehmen. Man wird zu untersuchen haben, wie die Straßen in Bezug auf ihren baulichen Zustand beschaffen sind und in welchem Maße die beteiligten Gemeinden an der ferneren Unterhaltung dieser Straßen interessirt bleiben. Die bedeutenderen, für den Verkehr wichtigeren Aktienstraßen werden wir wohl als Provinzialstraßen übernehmen können, die für den durchgehenden Verkehr weniger bedeutenden Aktienstraßen werden wir aber den Gemeinden überlassen müssen unter Zubilligung von Unterstützungen aus Provinzialmitteln an diese Gemeinden, damit denselben eine ordnungsmäßige Unterhaltung dieser Straßen nicht zu schwer wird. Dieser Weg ist der vom Provinzialauschuß vorgeschlagene. Ich glaube, meine Herren, daß Sie Ihrerseits geneigt sein werden, dem Antrage des Provinzialausschusses Ihre Zustimmung zu ertheilen, der dahin geht:

„Hoher Provinziallandtag wolle

1. die Entscheidung über den Antrag des Präsidenten der Königlichen Regierung zu Aachen auf Uebernahme der genannten 4 Aktienstraßen zur Zeit noch aussetzen und
2. den Provinzialauschuß beauftragen, dem nächsten Provinziallandtage eine Vorlage darüber zu unterbreiten:
 - a. welche der jetzt noch bestehenden Aktienstraßen auf die Unterhaltung durch die Provinz zu übernehmen sein werden und wie hoch sich die Kosten für den erstmaligen provinzialstraßenmäßigen Ausbau und die fernere jährliche Unterhaltung belaufen,
 - b. in welcher Weise der Ausbau und die fernere Unterhaltung der übrigen Aktienstraßen in Zukunft zu regeln sein möchte und welche Summen hierfür aufzubringen sind.“

Vorsitzender Fürst zu Wied: Ich stelle diesen Antrag der Fachcommission zur Diskussion. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Broich.

Abgeordneter Broich: Meine Herren! Ich freue mich darüber, feststellen zu können, daß der Provinzialauschuß endlich eine wohlwollende Stellung zu dieser Frage eingenommen hat. Ich glaube darin nicht zu irren, daß auch die veränderte Stellung des Herrn Landesdirektors und der Herren der Verwaltung sich darin kund giebt. Man ist vorher immer nur kurzer Weise abgewiesen worden, und wenn man bei den Herren anfragte, wie man sich demnächst dazu stellen würde, so war manchmal schon die erste Frage die: sind Sie Aktionär der Straße? wie es mir seiner Zeit ergangen ist. Ich freue mich, wie gesagt, daß die Sache, die seit Aufhebung der Barrierengelder im Jahre 1874, wenn ich nicht irre, nicht von der Tagesordnung verschwunden ist, endlich geregelt werden soll. Wenn ich auch nicht übersehen kann, in welcher Weise die Sache geregelt werden wird, weil ich nicht weiß, welche Straßen übernommen werden sollen, so möchte ich doch bezüglich der mir nahe stehenden Aktienstraße Aachen=Cupen das hohe Haus hinweisen auf die Uebersicht, welche die Herren in Händen haben, über die in den einzelnen Landkreisen der Provinz enthaltenen Provinzialstraßen, aus welcher Uebersicht hervorgeht, daß gerade der Kreis Cupen am wenigsten Provinzialstraßen hat und zwar nur 27 km, daß er 13 000 und soviel Mark Beiträge zum Straßenfonds zahlt und nur 1700 M. von der Provinz erhält. Diese 26 oder 27 km berühren den Kreis nicht als durchgehende Straßen, es sind Straßen, welche nur einzelne Theile des Kreises berühren. Etwa 12 km von diesen 27 sind Straßen, welche nur ein Interesse für den Forstfiskus haben, weil sie Verbindungen nach den Wäldern darstellen. Deshalb möchte ich dem Provinzialauschuß die Aachen=Cupener=Aktienstraße bezüglich ihrer Uebernahme auf Provinzialfonds ganz besonders ans Herz legen. Der Herr Vorsitzende des Provinzialauschusses und der Herr Landesdirektor haben die Straßen in diesem Sommer gesehen, ich glaube die Herren werden meinen Antrag unterstützen.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Der Herr Abgeordnete Fischer hat das Wort.

Abgeordneter Fischer: Meine Herren! In der ganz gleichen Lage, in welcher sich die Gemeinde Cupen befindet, befindet sich auch die Gemeinde, in welcher ich wohne, es ist die Gemeinde Eschweiler. Die Aktienstraßen von Jülich nach Stolberg und von Düren nach Eschweiler durchschneiden die Gemeinde Eschweiler in einer Länge von vielleicht 4 bis 5 km und, wie vielen der Herren Mitglieder des hohen Hauses bekannt sein wird, ist Eschweiler eine Stadt, in welcher ein reges gewerbliches und industrielles Leben pulst, und daß dasselbe recht erheblich darunter zu leiden hat, wenn auf weiten Wegestrecken, die als halsbrechende Straßen sich darstellen, ein großer Betrieb umgehen muß, so wird das hohe Haus begreifen, daß unsere Gegend unter einem durch die besagten Aktienstraßen hervorgerufenen Drucke leidet, der ganz unerträglich ist. Auch die Gemeinde Eschweiler wird von einer Provinzialstraße kaum berührt, während, wie ich eben bemerkte, jene Aktienstraßen in großer Ausdehnung sie durchziehen. Das hier in Rede stehende Verhältniß ist im Vergleich zu den übrigen Verkehrsverhältnissen ein geradezu anormales. Ueberall finden Sie gut ausgebaute Straßen, wo sie nöthig sind, aber wir müssen von Jahr zu Jahr beklagen, daß immer noch nicht ein solcher auch für uns erwünschter Zustand eingetreten ist. Die Gemeinden, die von diesen Straßen berührt werden, sind auch an dem gegenwärtigen beklagenswerthen Zustande gar nicht schuld, er ist nämlich herausgewachsen aus einem Vertragsverhältniß, das seiner Zeit zwischen der königlichen Regierung in Aachen und einigen Unternehmern eingegangen worden ist. Zunächst war es also ein Privatunternehmen Einzelner, später wurde es ein Aktienunternehmen. Die Aktionäre erhielten, wie schon eben von dem Herrn Referenten

bemerkt worden ist, gegen die Bewilligung der Barrieregelder-Erhebung die Verpflichtung auferlegt, jene Straßen auszubauen und zu unterhalten. So lange die Intradan aus der Straße gute waren, — und sie sind es in hohem Maße gewesen, soviel ich nämlich darüber weiß, haben die Aktionäre lange Jahre hindurch gute Geschäfte gemacht — so lange wurde auch für die Unterhaltung der Straßen leidlich gesorgt. Sobald aber die Interessen der Aktionäre durch die Errichtung von Eisenbahnen durchkreuzt wurden, sobald jene Intradan zusammenschmolzen, ließ auch die Unterhaltung der Straßen nach. Diese bauliche Vernachlässigung hat längere Jahre hindurch angehalten und so ist denn der geschilderte Zustand eingetreten, der, wie gesagt, absolut unerträglich ist. Die davon berührten Gemeinden sind auch gar nicht in der Lage, die zur Beseitigung dieses Zustandes erforderlichen Geldmittel selbst aufzubringen, Sie haben, meine Herren, in der Vorlage die Summen gesehen, die als annähernd erforderlich erachtet werden, um die nöthige Besserung der Verkehrsverhältnisse herbeizuführen. Aber, wenn ich Ihnen sage, daß die Gemeinde Eschweiler 250% Communalumlage aufzubringen hat, und wenn ich Ihnen mittheile, daß, obgleich ein nicht ganz unerhebliches Armenvermögen vorhanden ist, doch jährlich zu den Bedürfnissen des Armenbudgets 60—70 000 M. an Zuschüssen geleistet werden müssen, so werden Sie begreifen, daß es nicht wohl den Gemeinden zuzumuthen ist, die sich in solcher Lage befinden, jene erheblichen Mittel aufzubringen, um den äußerst fatalen Zustand zu beseitigen. Es liegt mir fern, einen Antrag einzubringen, der dem vom Provinzialauschuß gestellten entgegensteht, aber ich möchte doch nicht die Gelegenheit der heutigen Verhandlung vorbeigehen lassen, ohne an das Wohlwollen des hohen Hauses zu appelliren, dessen die betreffenden Gemeinden in dieser Angelegenheit bei deren endgültigen Regelung in hohem Maße bedürfen werden.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Es meldet sich Niemand mehr zum Wort. — Ich schließe die Diskussion und bringe die Anträge des Provinzialauschusses, wenn der Herr Berichterstatter auf das Schlußwort verzichtet, und das geschieht, zur Abstimmung.

Ich bitte Diejenigen, die gegen die Anträge des Ausschusses stimmen, sich zu erheben. — Die Anträge sind einstimmig angenommen.

Wir kommen zum 6. Punkte der Tagesordnung, dem

„Antrag der III. Fachcommission zur Petition des S. B. Welsch zu Meckenheim auf Entschädigung für die am 3. Juni 1889 an seinem Etablissement durch Wolkenbruch entstandenen Verheerungen“. Nr. 110 der Drucksachen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kreuzberg. Ich ertheile ihm das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter Kreuzberg: Meine Herren! Der Antragsteller bittet den hohen Landtag um eine Entschädigung für Verluste, welche ihm dadurch entstanden sind, daß am 3. Juni 1889 bei einem Wolkenbruch das Wasser in seinen Keller gedrungen ist und ihm einen Schaden von 15—20 000 M. nach seiner Angabe zugefügt hat. Wünschen die Herren, daß ich die Petition vorlese? (Nein!) Die Ursache der Verheerung schreibt er dem Umstande zu, daß die Provinzialverwaltung an der Chaussee selbst eine Aenderung insofern getroffen hat, daß der ursprüngliche Graben zugeschüttet und auf demselben ein Trottoir angebracht wurde. Dadurch, so behauptet er, habe nun das Wasser nicht ablaufen können und sei in seinen Keller eingedrungen. Der Antragsteller hat schon früher bei der Provinzialverwaltung einen ähnlichen Antrag auf Entschädigung gestellt. Die Provinzialverwaltung hat die Sache gründlich untersucht und, namentlich gestützt auf die Gutachten des Landes-Bauinspektors Ittenbach in Bonn und auf das Gutachten des Justitiars, die Petition des Herrn abgelehnt.

Die III. Fachcommission hat die Sache noch einmal ganz genau geprüft und ist zu derselben Ansicht gekommen, daß eine rechtliche Berechtigung für eine Entschädigung seitens der Provinz nicht vorliegt. Andererseits hat sie sich sagen müssen, daß es eine sehr große Schwierigkeit habe, eine freiwillige Entschädigung für den Petenten zu gewähren, weil wir dadurch einen Präzedenzfall schaffen und die Provinzialverwaltung in die Lage kommen würde, mit einer Menge solcher Petitionen überhäuft zu werden und dem unmöglich entsprechen könnte. Die Fachcommission schlägt daher dem hohen Landtage vor, über die Petition des Bierbrauereibesizers Welsch zu Meckenheim zur Tagesordnung überzugehen.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Ich eröffne über diesen Antrag die Diskussion. — Es meldet sich Niemand zum Wort, ich schließe die Diskussion und bringe den Antrag zur Abstimmung. Ich bitte Diejenigen, die dagegen sind, sich zu erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 7 der Tagesordnung, dem

„Antrag der III. Fachcommission zur Petition des J. C. Braun zu Strauch, betreffend die theilweise Verlegung der Roerthalbahn“. Nr. 111 der Drucksachen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schulze. Ich ertheile ihm das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter Schulze: Meine Herren! Ich setze voraus, daß Sie auch auf die Vorlesung dieser Petition verzichten (Zustimmung), ich darf mich deshalb wohl darauf beschränken, Ihnen in gedrängter Kürze von dem Inhalt der Petition Kenntniß zu geben. Aus der an's hohe Haus gelangten und der III. Fachcommission überwiesenen Petition des Einwohners J. C. Braun zu Strauch, ist zu entnehmen, daß das Bedürfniß zur Errichtung einer Bahnlinie durch das Roerthal von zuständiger Stelle anerkannt sei. Auch läßt der weitere Inhalt der Petition darauf schließen, daß die Richtung der Linie bereits festgestellt ist. Petent führt dann ferner aus, daß die 3 Kreise Montjoie, Schleiden und Düren, insbesondere aber der nordöstliche Theil des Kreises Montjoie, durchaus keine den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechende Verkehrseinrichtungen besitze und sucht zu beweisen, daß es durch eine leicht ausführbare Verlegung der Linie zu ermöglichen sei, diesem Theile des genannten Kreises, der bei der Ausführung des zur Zeit maßgebenden Projectes unberücksichtigt bleibe, in den Bereich der Bahnlinie hineinzubringen, dies sei unbedingt nöthig, da andernfalls die Einwohner einer großen Anzahl von Gemeinden in ihren Geschäfts- und Erwerbsverhältnissen schwer geschädigt würden. Abgesehen nun davon, meine Herren, daß dem Petenten Braun jegliche Legitimation zur Vorlegung der Petition mangelt und daß dieselbe einer jeden behördlichen Unterstützung entbehrt, dürfte es nach Ansicht der Commission auch nicht Aufgabe des Provinziallandtags sein, in Fragen der vorliegenden Art irgend welche Stellung zu nehmen. Die III. Fachcommission hat demgemäß folgenden Antrag einstimmig beschlossen:

„Hoher Landtag wolle die vorliegende Petition zur sachgemäßen Erledigung dem Provinzialauschuß überweisen event. aber über die Petition zur Tagesordnung übergehen“.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Meine Herren! Es sind von der Fachcommission zwei Anträge gestellt, ein Eventualantrag, der aber weitergeht, als der vorhergehende. Es heißt, entweder die Petition zur sachgemäßen Erledigung dem Provinzialauschuß zu überweisen, event. aber über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Der Antrag auf Tagesordnung ist wohl der weitergehende. Der Herr Abgeordnete Dr. Pauli hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Pauli: Die vorliegende Angelegenheit betrifft die jetzt in der Verhandlung befindliche Roerthalbahn, welche von Düren aus über Kreuzau und Montjoie nach Kalterherberg zur Einmündung in die Hohe-Venn-Bahn projektirt ist. Es ist darüber in der letzten Zeit eine Denkschrift im Namen eines Comité's verfaßt und von dem Herrn Abgeordneten Prinzen Artemberg Sr. Excellenz dem Herrn Minister von Maybach in Berlin überreicht worden. Es ist dies im Namen eines Haupt-Comité's geschehen, welches sich für die Erbauung der Roerthalbahn von Kreuzau aus über Heimbach und Montjoie nach Kalterherberg ganz dem Roerthale entlang ausgesprochen hat. Als dieses Comité zusammentrat, da war man sich nicht gleich bewußt und hatte nicht vorausgesehen, daß eventuell ein Widerspruch gegen die Linie in ihrem oberen Laufe im Kreise Montjoie selbst, wo das Comité seinen Sitz hat, eintreten würde. Mit der in Gang gekommenen Bewegung entstand aber eine Art von Opposition; es traten Braun und Genossen zusammen und haben ihre lokalen Wünsche, wie ich jetzt höre, auch an den Provinziallandtag gebracht. Es handelt sich also nicht um eine schon existente, sondern um eine erst projektirte Roerthalbahn, deren Projekt dem Landtag in Berlin jetzt vorliegen wird. Die oben Genannten erklärten, so, wie das Comité und die von demselben geleiteten Versammlungen erstrebten, dürfe die Bahn durch das Roerthal nicht gehen, sondern müsse von Düren über Ribeggen oder Heimbach zur Einmündung in die Hohe-Venn-Bahn, sei es in Station Conzen oder in der jetzigen Station Montjoie, auf der Höhe also, durch den Kreis Montjoie gebracht werden. Ich habe nicht die Absicht, oppositionell gegen diese Petition hier aufzutreten; die Sache ist überhaupt in dem Stadium der Entscheidung gar nicht, es ist das Stadium der Vorbereitung, der Einleitung und Beantragung einer ganzen Roerthalbahn, an welches sich diese Petition anschließt. Meine Herren! Wenn Sie irgend einen der beiden Anträge annehmen, namentlich den ersten, daß der Provinzialauschuß sich mit der Sache beschäftigen solle, dann darf ich mir vielleicht erlauben — ich handle damit im indirekten Auftrage des Eisenbahn-Comité's, dessen Mitglied ich bin — ein Exemplar der Denkschrift, welche unsererseits bis jetzt allerdings erst an den Herrn Minister von Maybach Excellenz und an die oberen Behörden in den verschiedenen Abstufungen und an die Abgeordneten der Kreise Düren und Montjoie überreicht worden ist, zur weiteren Benutzung und eventuellen Aufklärung über den eigentlichen Sachverhalt dem Provinzialauschusse zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Es wünscht Niemand mehr das Wort. Wir würden über die beiden Anträge abstimmen müssen. Die Fachcommission hat zunächst beantragt, die Angelegenheit zur sachgemäßen Erledigung dem Provinzialauschusse zu überweisen. Herr Dr. Pauli hat wohl in seinen Ausführungen den Antrag unterstützt. Es würde nach diesem Antrage die Petition an den Auschuß gehen und seine Denkschrift eben nur beigelegt werden. Zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Pauli das Wort.

Abgeordneter Dr. Pauli: Ich habe gar nichts dagegen — es ist mir aber nicht bekannt, wie weit die Kompetenz der Provinzialverwaltung in Eisenbahnsachen geht — daß der erste Antrag angenommen wird und daß der Provinzialauschuß unsere Denkschrift als Material für Treffung seiner Entscheidung entgegennimmt, und werde mir gestatten, dieselbe nach der Sitzung zu den Akten zu geben.

Vorsitzender Fürst zu Wied: Sind die Herren damit einverstanden, daß ich über den ersten Antrag zunächst abstimmen lasse? — Es erfolgt kein Widerspruch, ich bitte diejenigen, welche gegen den ersten Antrag sind, sich zu erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen, damit fällt der zweite Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. (Rufe: Schluß!) Meine Herren!

Es wird von verschiedenen Seiten so ein leises Schlußlied gesungen, aber, meine Herren, ich möchte Ihnen doch noch einmal vorführen, daß wir noch sehr wichtige und große Sachen zu erledigen haben, und ich hörte gestern einige der Herren den Wunsch äußern, daß wir schon Freitag schließen möchten. Meine Herren! Ich glaube, die Commissionen sind alle mit ihren Arbeiten fertig, also wäre es ja denkbar, aber nur dann, wenn wir morgen zwei Sitzungen halten. Wir könnten wenigstens den Versuch machen, wir müßten morgen früh um 10 Uhr beginnen, (Zustimmung) müßten dann eine Mittagspause machen und eine Abendsitzung halten bis wir fertig sind. Meine Herren! Wir haben aber wirklich noch sehr viel zu erledigen. Wir haben von den 17 Nummern von der heutigen Tagesordnung erst 7 Nummern erledigt, wir haben noch 10, und der ganze Rest sind noch 14 Sachen, das wären also 24 Nummern, die noch zu erledigen sind, darunter die Moselkanalisierung. Meine Herren! Wenn Sie wirklich auf dem Schluß bestehen — das würde ich nachher noch ergründen — dann würde ich die Moselkanalisierung an die Spitze unserer morgigen Berathung stellen und dann die 3 weiteren Vorlagen der Regierung, das ist der Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Entschädigung für an Milzbrand gefallene Thiere, dann die Thalsperre im Wuppergebiet und der Gesetzentwurf wegen Pensionirung der Communalbeamten. Diese 4 Vorlagen würde ich an die Spitze der Tagesordnung stellen, wenn Sie damit einverstanden sind. Ich werde Ihnen noch das Uebrige vorlesen, was wir haben, damit Sie einen Ueberblick gewinnen. Wir müßten nach diesen Gegenständen die Punkte erledigen, die wir auf der heutigen Tagesordnung noch haben. Weil darin noch einige Stats enthalten sind, die dienstlichen Verhältnisse der Provinzialbeamten zc., so würden wir erst dann zum Haupt-Stat kommen können, dieser wäre also der folgende Punkt. Dann würden folgen die Bildung der Berufungscommissionen für die Einkommensteuer-Reklamationen, der Anschluß des Ständehauses an die städtischen Electricitätswerke, der Antrag der Stadt Barmen auf Anrechnung zu viel gezahlter Provinzialumlagen. (Abgeordneter Dieke: Ist zurückgezogen.) Ich höre eben, daß dieser Punkt zurückgezogen ist, ich wußte es nicht, es ist mir mit vorgelegt worden.

Es wird also hiermit gestrichen. — Meine Herren! Die Sache ist zurückgezogen und folglich scheidet sie aus.

Wir kämen dann

„zu der gesetzlichen Regelung der Beförderung der Gemeindevaltungen durch staatliche Forstbeamte“.

Meine Herren! Ich glaube, diesen Punkt müßten wir wohl früher setzen; ich habe das übersehen, es gehört das nach Nr. 4; es gehört zu den Vorlagen der königlichen Staatsregierung.

Dann:

„Befreiung der Stadt Köln von den Provinzialumlagen für die Irrenanstaltsbauschuld“;

ferner:

„Uebernahme der vier Straßen Essen = Gelsenkirchen, Andernach = Mayen, Odenthal = Schlebusch, Steinstraß = Titz als Provinzialstraßen“;

„Beschwerde des pensionirten Straßenauffsehers Vogt über seine Entlassung aus Provinzialdiensten“;

„Gesuch des Professors Stillor auf Ankauf seines Projectes für das Kaiser Wilhelm-Denkmal“;

und endlich:

„Denkschrift des Gemeinde-Oberförsters von Meken über die Lage der Gemeinde-Forstbeamten“.